



# berlinreport

Konstantin v. Notz

## Klare Kante & konkrete Politik für unsere Demokratie

### Rechte Ressentiments aus der Mitte der Gesellschaft

Escheburg bei Hamburg – eine kleine Vorortssiedlung mit gepflegten Eigenheimen zwischen viel Grün. Ein frisch renoviertes Holzhaus, rostrot gestrichen, das an ein dänisches Ferienhaus erinnert. Auf den ersten Blick ein friedlicher, wohlgesetzter Ort in Deutschland. Am Mittag des 9. Februar 2015 wirft ein Nachbar einen Brandsatz in dieses Haus. Bevor sich die Flammen durch den Holzboden fressen können, kommt die Feuerwehr. Einen Tag später hätten hier sechs Flüchtlinge einziehen sollen.

Der Nachbar, ein Familienvater und Finanzbeamter, war zuvor mit anderen Anwohnern wutentbrannt zur Gemeindeverwaltung gegangen. Lauter Männer aus einem anderen Kulturkreis könne man doch nicht zwischen Kindergarten und Grundschule einziehen lassen. Frauen, Kinder und auch der Wert der eigenen Immobilien wären gefährdet. Die erregte Anwohnerschaft sei „wie eine Wand gewesen“ – aus Wut, Angst, Abwehr und Aggression, so der Bürgermeister später.

Dieses schwere Hassverbrechen aus meinem Wahlkreis gehört zur tagtäglichen Serie von Übergriffen auf Unterkünfte, Geflüchtete und Willkommenshelfer. Es verdeutlicht vor allem eines: Um eine rechtsextreme Gewalttat zu begehen, muss man nicht in der NPD oder einer freien Kameradschaft sein oder einem geschlossenen nationalsozialistischen Weltbild anhängen. Immer mehr Täter waren keineswegs einschlägig verortet. Vielmehr reichten offensichtlich rassistische Angst- und Hassgefühle – gegen „die Anderen“ und „die da oben“. Und ein zumindest latent bestärkendes Umfeld, in dem eigentlich selbstverständliche ethische Grundregeln auf einmal nicht mehr zählen; von der Akzeptanz staatlichen Handelns in einer Demokratie und der Achtung der Menschenwürde ganz zu schweigen.

Wenn rechte Einstellungen so weit wie wirkmächtig bis in die Mitte unserer Gesellschaft verbreitet sind, wird erst verständlich, welche riskante Dynamik rechtspopulistische Parteien und Bewegungen wie AfD und Pegida entfachen. Sie geben den Ressentiments einen Bestätigungsraum und verstärken sie vielfach. Nach erfolgreichen Wahlen stehen ihnen heute die zuvor geschmähte parlamentarische Bühne und Fraktionsmittel offen. So können von Rechtsaußen aus zumindest taktisch disziplinierte Parteien (deswegen aber keineswegs gemäßigte) mehrheitsfähig werden, wie Marine Le Pen in Frankreich oder der jüngste FPÖ-Erfolg bei den österreichischen Präsidentschaftswahlen zeigen.

In Deutschland ist der Einzug der AfD in mehrere Landtage zu befürchten: Hier versammelt sich neben Demagogen wie Petry und Höcke ein obskures Politpersonal, das seine chronischen Querelen in aller Öffentlichkeit austrägt, sei es im Bund, in Schleswig-Holstein oder in den Kreisen wie bei mir im Herzogtum Lauenburg. Geschichtsklitternde Vorträge, antisemitische Karikaturen im Stürmer-Stil, stumpfste „Ausländer sind kriminell“-Kampagnen, wohin man nur schaut. Trotz dieses oftmals offen ans Tageslicht kommenden faschistoiden Gedankenguts steht die AfD in Umfragen gut da.

Ihre jüngsten Erfolge sind auch das Resultat einer

ausbleibenden, entschlossenen Abgrenzung durch die Große Koalition. Viel zu lang hat man Verständnis für „besorgte Bürger“, die längst von Rechtsextremen unterwandert waren, gezeigt und die harte demokratische Auseinandersetzung mit der AfD und ihrer Propaganda gescheut. Teile der GroKo haben dabei geholfen, rechtspopulistische Positionen wieder hoffähig zu machen. Gerade angesichts einer zunehmenden europäischen Vernetzung wird es in den nächsten Monaten an uns Grünen liegen, klarzumachen, dass die Alternative für Deutschland keine ist – zumindest nicht für Demokratinnen und Demokraten.

Der dreisten Demagogie, mit der unter anderem die ebenso absurde wie menschenverachtende Pseudo-Debatte um Grenzschieße auf Flüchtende provoziert wurde, müssen wir uns mit aller Entschlossenheit entgegenstellen. Klar und engagiert, aber auch kühl und sachlich müssen wir das zynische Kalkül solcher Instrumentalisierungen entlarven und deutlich machen: Ob Krisen und Kriege, Flucht und Asyl, Euro und die EU, Digitalisierung und Globalisierung, auf keine dieser dringlichen Fragen haben Rechtspopulisten auch nur irgendeine wirkliche, durchtragende Antwort parat. Wir werden in Zukunft noch öfter und genauer erklären müssen, welche Herausforderungen und Probleme in unserer Gesellschaft vorhanden sind – und wo Sorgen und Ängste aufgebauscht und instrumentalisiert werden. Dabei ist immer wieder klarzumachen: Unser Grundgesetz gilt für alle und wir werden es entschlossen gegen die Feinde der Demokratie verteidigen.

Gerade jetzt müssen wir als Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen. Die Krisen im Innern wie im Äußeren Europas können wir nur gemeinsam meistern. Eine weitere Abschottung, das Errichten neuer Zäune und Mauern, die Verweigerung von Solidarität mit Geflüchteten und allein nationalstaatlich verfolgte, vermeintlich einfache Lösungen und Alleingänge führen in die Sackgasse. Das gilt es in den nächsten Monaten klarzumachen und dieser Herausforderung werden wir uns als Grüne in Schleswig-Holstein gemeinsam stellen.

*Konstantin v. Notz*

Valerie Wilms

## Ehrliche Politik geht anders

Mit großem Getöse hat Dobrindt den Bundesverkehrswegeplan erarbeiten lassen. Was daraus wird steht auf einem ganz anderen Blatt.

Die Grundidee ist einleuchtend: Weil Verkehrswege viele Jahrzehnte genutzt werden sollen, müssen sie gut durchdacht und langfristig vorbereitet werden. Dazu gibt es ein langfristig angelegtes Planungsinstrument – den Bundesverkehrswegeplan. In der Vergangenheit war er nur ein Papier, das Erwartungen weckte, die nicht erfüllt werden konnten. Auch beim neuen Plan wird es kaum anders werden. Der Grund: Es steht wieder viel mehr drin als finanzierbar ist.

### Ein Blick in den Norden

Für den Norden ergibt sich kaum etwas Neues: Die A 20 soll weiterhin mit einem Tunnel bei Glückstadt und quer durch Niedersachsen gebaut werden. Auch die Anbindung an die Fehmarnbeltquerung steht drin und der nur schwer zu rechtfertigende Ausbau des nur noch touristisch relevanten Elbe-Lübeck-Kanals. Auch der sechsstreifige Ausbau der A 23 zwischen Tornesch und Eidelstedt ist mehr als fragwürdig für die zwei morgendlichen Stunden mit stockendem Verkehr – hier würde eine vernünftige Verkehrslenkung genügen. Ein drittes Gleis zwischen Hamburg und Elmshorn zur Verbesserung des Zugangebots in der Hauptverkehrszeit dagegen fehlt.

### Viel Arbeit für wenig Ertrag

Dobrindts Haus hat sich viel Arbeit gemacht: Es gab eine anspruchsvolle Grundkonzeption, kostspielige Berater wurden zu Rate gezogen, die meisten Projekte neu bewertet und ein dicker Umweltbericht verfasst. Erstmals durften Bürgerinnen

und Bürger ihre Meinung dazu sagen. Das Tragische: Die grundlegenden Probleme wurden nicht angepackt. Problematische Umweltauswirkungen werden durch andere Faktoren ausgehebelt und es fehlt an klaren Prioritäten. Zwar wurde die Kategorie „Vordringlicher Bedarf Engpassbeseitigung“ eingeführt – aber nirgendwo steht, dass diese Projekte auch zuerst umgesetzt werden müssen.

### Problem der Finanzierbarkeit.

Bei der Finanzierbarkeit bleiben die meisten Fragen offen: So fehlt die Berücksichtigung von Kostensteigerungen und ein großer Teil der Schienenprojekte wurde nicht bewertet. Ein Witz ist der sogenannte „Weitere Bedarf“: Hunderte Projekte für fast 44 Milliarden Euro sind hier aufgeführt ohne sie bei der Gesamtfinanzierung zu berücksichtigen. Sie stehen überhaupt nur noch im Plan, damit die Todesnachricht für diese Projekte nicht überbracht werden muss. Ehrliche Politik ist etwas anderes.

*Valerie Wilms*



## EUROPAS FLÜCHTLINGSPOLITISCHE VERANTWORTUNG ERNST NEHMEN!

Luise Amtsberg

**Krieg, Gewalt und Verfolgung zwingen immer mehr Menschen ihre Heimat zu verlassen. Der anhaltende Krieg in Syrien verursacht Flucht zahlreicher Menschen, darunter immer mehr Kinder.**

Dass legale Wege in die EU fehlen, führt dazu, dass Menschen mittels Schleuser den unsicheren Weg über das Meer nehmen müssen. Von den weltweit rund 60 Millionen Geflüchteten, haben ca. 1 Million in der EU Zuflucht gesucht.

Die hohe Zahl Schutzsuchender hat die Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen vor große Herausforderungen gestellt. Mit der Dublin Verordnung haben die restlichen Staaten, vor allem Deutschland, in den vergangenen Jahren die Verantwortung für die Aufnahme von Geflüchteten auf die Grenzstaaten abgewälzt. Dieses unsolidarische System ist gescheitert. Die Schließung der Balkanroute und der Rückzug vieler Mitgliedsstaaten auf nationale Lösungen ist auch Ergebnis der Versäumnisse der europäischen Regierungen, sich zügig auf eine faire und humane EU Asylpolitik zu verständigen. Der Anstieg der Zahl der Schutzsuchenden in der EU hätte mit Blick auf die vielen globalen Krisenherde früher erkannt werden müssen. Im ersten Schritt hin zu einer gerechteren Verteilung von Aufgaben innerhalb der EU hat die Europäische Kommission eine Umsiedlung von insgesamt 160.000 Menschen aus Griechenland und Italien auf andere EU-Mitgliedstaaten vorgeschlagen. Wir Grüne haben diesen notwendigen Schritt begrüßt, wissend, dass es langfristige Strukturen braucht, die das Dublin-System beerben. Wir brauchen ein einheitliches europäisches Asylsystem, eine Angleichung auf ein hohes Schutzniveau, menschenwürdige



Aufnahmebedingungen, faire Chancen auf Anerkennung und Integration überall in der EU. Von den 160.000 Schutzsuchenden sind nicht einmal 100 der 28.000, die Deutschland aufnehmen sollte, angekommen. Angesichts der prekären Lage auf den griechischen Inseln und in Idomeni ist das ein Armutszeugnis. Mit einer Delegation des Innenausschuss war ich vor kurzem erneut in Griechenland und Mazedonien. In Idomeni harren rund 19.000 Menschen eines Auswegs aus der Perspektivlosigkeit. Das schwach ausgebildete griechische Asylsystem ermöglicht keine dauerhafte menschenwürdige Aufnahme in Griechenland. Die Bundesregierung muss für ein gemeinsames Handeln in der EU werben. Besonders zynisch ist, dass sie die jüngst veröffentlichten rückläufigen Zahlen Asylsuchender als Erfolg verkauft. Bis vor kurzem erreichten die meisten Asylsuchenden die EU über den gefährlichen Seeweg zwischen der Türkei und den griechischen Inseln. Mit dem EU/Türkei Abkommen werden alle die Griechenland erreichen in die Türkei zurückgeschickt. Im Gegenzug nimmt die EU Flüchtlinge aus der Türkei auf. Das ist angesichts der Menschenrechtspolitik der Regierung Erdogans inakzeptabel und geht allein zu Lasten der Schutzsuchenden. Seit Dezember liegen Berichte von Amnesty International und Human Rights Watch vor, nach denen die Türkei Schutzsuchende nach Syrien abschiebt und damit gegen das Völkerrecht verstößt. Die Türkei hat die Genfer Flüchtlingskonvention nur mit geografischem Vorbehalt unterzeichnet – Menschen, die nicht aus Europa in die Türkei fliehen, werden somit wesentliche Rechte vorenthalten. Die Türkei ist Teil der Lösung, aber kein sicherer Drittstaat.

*Luise*